

Im Jahre vierteljährlich 2,50 M., bei  
vierteljährlicher Zustellung 2,75 M., durch  
den Post 3,25 M., anseits Zustellungs-  
gebühren. Bestellungen werden von allen  
Verlagsbuchhandlungen angenommen.  
Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen  
Für unvollständig eingetragene Nummern  
wird keine Entschädigung übernommen.  
Abdruck nur mit Quellenangabe:  
„Saale-Bl.“ gestattet.

Herausgeber der Redaktion Nr. 146:  
Verlagsbuchhandlung Nr. 176; Verlagsbuchhandlung  
(Halle) Nr. 226.

# Saale-Zeitung.

Staubdrukkerischer Jahrgang.

weder die Spaltenzeit oder beim  
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, von untern Annahmestellen  
und allen Annoncen-Expeditoren an-  
genommen. Bekleben der Seite 75 Pfg.

Ercheint öftentlich monatlich;  
Sonntags und Feiertagen ausnahms-  
weise jenseit täglich.

Redaktion und Druck- & Geschäfts-  
stelle. Halle, Gr. Brauhaustraße 17;  
Verlagsbuchhandlung, Markt 24.

Nr. 176.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 16. April

1907.

## Napallo-Gaëta.

Kann ist die Kinte auf den Manuskripten, die über die  
Begegnung von Napallo von diplomatischer Feder aus  
gefertigt wurden, eingetroffen, als der Zusammenkunft  
zwischen Vitolio und Titoni in der Begegnung des eng-  
lisch-italienischen Königs in Gaëta ein Nachspiel  
anzudeuten. Die Güte, mit der der Seitenberichter seinen  
römischen Freund zu begreifen trachtet, sieht recht tendenziös  
aus. Jedenfalls bietet sie dem europäischer Publikum ein  
gewissenhaftes Schaupiel in einer vorderen Zeit: Maßlose  
dramatische Ideen in Frankreich, eine Politik der  
„Dreadnought“-Stapelkäufe in England, englisch-italienische  
Verabredungen in Athen, englisch-russische Vertrags-  
abschlüsse über Persien und andere Gebiete, dänische,  
norwegische, schwedische und russische Erklärungen über  
die Freiheit der Sundpassage, Antikindigungen englischer  
FlottenDemonstrationen in der Ostsee, und schließlich  
die Belegung der sibirischen-antideutschen Aspirationen  
durch den 14-tägigen Besuch des Kaisers Franz Josef in  
Krag. Fast scheint es, als sei dieses ganze politische  
Porträt auf eine einheitliche Tonart gestimmt, als seien alle  
die mannigfachen hochausdrückenden Vellensprüche gegen den  
deutschen Fels auf den die politische Meerestiefe hat  
aufzuweisen Dreifach des meerüberwindenden Königs der  
Engländer zurückzuführen. Fast scheint es so — denn wer  
kann wissen, in welchen Bahnen die internationale Politik  
sich bewegt. Sind doch seit Jahr und Tag fernerlei Auf-  
klärungen mehr darüber erfolgt und hält sich doch die  
Diplomatie in unbedruckbaren Schweigen.

Infolge der offensichtlichen Nervosität, die in den halle-  
schen Behörden und Kreisen ausländischer Staatsoberhäupter  
und ausländischer Diplomaten zum Ausdruck kommt, ergibt  
sich die Frage von selbst, was denn eigentlich die nervöse  
Haft und Unruhe veranlaßt. Zum reinen Vergnügen, bloß  
um mit dem Könige von Spanien gemeinsam eine Zigarette  
zu rauchen oder dem Könige von Italien einmal ins Auge  
zu schauen, wird doch der Britenfriede nicht bald die spani-  
schen, bald die italienischen Gesandten beunruhigen. Was also ist  
der Zweck der Entzernen? Immer und immer wieder die  
Gruppierung der Mächte auf der Haager Konferenz? Das  
Thema könnten doch die diplomatischen Agenten besser  
diskutieren als die Monarchen. Ist wirklich immer noch eine  
britische Antipathie gegen das Deutsche Reich vorhanden, die das  
Ausland zu Koalitionen gegen Preußen zusammenzuführen  
sucht? Geht die englische weltpolitische Taktik tatsächlich  
darauf hinaus, Deutschland zu isolieren, und dann den  
Verlust zu wagen, es durch gemeinsame Maßnahmen der  
internationalen Mächte in seiner bisherigen großen Ent-  
wicklung zu wirtschaftlicher Selbständigkeit und Größe auf-  
zuhalten?

Das Beginnen wäre ebenso nutzlos wie töricht. Eine  
solche Politik würde heimlich und verberbtlich sein. Deutsch-  
land ist nicht in seiner friedlichen Vordrängbewegung auf-  
zuhalten. Auch isoliert, ist es eine unverwundliche Macht.  
Das englisch-französische Maroffabkommen konnte nicht  
verwirklicht werden, weil die deutsche Zustimmung fehlte.  
Als man Deutschland ignorierte, hat es an seine Größe  
erinnert. Das genügt, um die Gesinnung einer wesentlichen  
Faktoren aus dem Reich laufend Diplomatie zu verdrängen.  
Man muß sich also mit Deutschland auseinandersetzen. Und  
mehr und mehr scheint ja auch die auswärtige Diplomatie,  
seit den Tagen von Tanger, einer Verständigung nicht ab-  
geneigt. Wenigstens redet man von der Möglichkeit eines  
deutsch-französischen Kolonialabkommens. Wie aber ist es  
mit England? Großbritannien schließt mit aller Welt Ver-  
träge, Abkommen und Arrangements, nur mit Deutschland  
mag es, soviel wenigstens bekannt geworden, in eine Unter-  
handlung offenbar nicht eintreten.

Als die Beratung von Napallo stattfand, hieß es in  
italienischen Blättern, Italien werde die Rolle eines Ver-  
mittlers zwischen England und Deutschland übernehmen, in  
der Konferenz auf dem Haag sowohl wie anderswo. Vielleicht  
gibt die Antikindigung den Schlüssel zu der Befragung  
von Gaëta. Dies muß wenigstens die römische „Tribuna“  
anzudeuten. Ihre Auseinandersetzung über die Bedeutung  
der Zusammenkunft ist immerhin interessant genug, um hier  
wiedergegeben zu werden. Sie schreibt an leitender Stelle:  
„Seit König Edward die Freundschaft Frankreichs gewonnen  
hat, findet Deutschland keine Ruhe mehr, und nun er nach  
der Begegnung von Cartagena auch den König von  
Italien besucht, sprechen die deutschen Politiker allen Ernstes  
von seinem weit ausgeprägten Plane, Deutschland zu  
isolieren und die lateinischen Staaten in einen Bund mit  
England zu vereinigen. Der erste Schritt, der daraus her-  
vorgeht, betrifft den Dreieund, der natürlich durch Italiens  
Stellung zu England hinwärtig würde. Die öffentliche Meinung  
Deutschlands überdreht die Wirklichkeit der Dinge ins  
Maßlose; Italien will in Europa der Vore des  
Friedens und dessen Anwalt sein, es kann darum  
keine guten Beziehungen und das völlerrechtliche Ein-  
vernehmen, dank denen dieser Friede allein erhalten wird,  
keinen Augenblick vernachlässigen. Der Dreieund verbietet  
dies ausgleichenden Beziehungen nicht, im Gegenteil, er  
begünstigt sie mit Freuden. Wenn König Edward bei  
seinem Fahrten durchs Mittelmeer eine Zusammenkunft mit  
König Viktor Emanuel anstrebt, so ist es klar, daß Italiens  
Hilfen Wunsch aus politischen und aus politischem Interesse  
folglich erfüllen mußte. Niemand ist daran berechtigt, die  
Gerechtigkeit und die Aufständigkeit der italienischen Politik zu

begreifen. Der Dreieund bleibt unverändert auf-  
recht; er kann aber den vielfältigen Interessen, die für  
Italien im Wandel der Dinge Tag um Tag neu entstehen,  
unmöglich für sich allein Rechnung tragen. Diese Interessen  
finden ihren Schutz in den guten Beziehungen Italiens zu  
den Mächten, die nicht dem Dreieund angehören. Niemand  
braucht sich darob zu beklagen, die deutsche Presse am aller-  
wenigsten.“

Bedauerlich ist dabei nur, daß die deutsch-englischen Be-  
ziehungen einer Vermittlerin überhaupt bedürfen. Dieser  
Artikel bekräftigt also wieder das Vorhandensein starker  
Differenzen zwischen Deutschland und England. Somit  
würde ja der Grund für die in Anspruch genommene Rolle  
für Italien wegfallen. Deutschland und England sollten  
sich direkt ohne solche Vermittlungsmächte ins Einvernehmen  
setzen können, wenn sie sich wirklich irgendwie etwas aus-  
zulegen haben. Diese Politik von Hintertüchern kann nur  
Mißtrauen erwecken und mehr die Ansicht erheben, als  
beachtliche England eine Antidreibund-Mittelmeerkoalition  
unter britischer Suprematie zu errichten, einen Bund von  
Mächten, der den deutschen Einfluß auf die internationale  
Politik lahm zu legen berufen wäre.

Bewegt sich die englische Politik wirklich in solchen Bahnen,  
so kommt sie niemals zum Ziele. Offenlich wird kürzlich  
Vitolio in nächster Zeit im Reichstage einmal die inter-  
nationale Lage unter die Lupe nehmen und Klarheit anstelle  
mancher jetzt vorhandenen Unklarheit setzen.

## Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Dr. Theodor Warth hat gestern die von ihm geplante  
Amerikafahrt angetreten.  
— Der Präsident der Eisenbahnverwaltung in Münster,  
Bannenberg, ist im Kronenbade zu Wiesbaden gestorben; er  
war seit 1908 in Münster im Amt.

## Liberaler Aktionsausschuß.

Der gemeinsame Ausschuß der vereinigten drei entfalteten  
liberalen Parteien trat am Sonntag morgen um 10 Uhr im  
Richting auf Einladung des geschäftsführenden Ausschusses der  
Freiwillichen Volkspartei unter Vorsitz des Abg.  
Dr. Wüller-Sagan zu seiner Konstituierung zusammen.  
Es waren erschienen von der Deutschen Volkspartei Abg. von  
Ruber und Dr. Eiche, von der Freiwillichen Vereinigung die  
Abg. Grotz, Rammann und Schaber, sowie der Generalsekretär  
Weinbuden, von der Freiwillichen Volkspartei die Abg. Richard,  
Kroemph, Dr. Müller-Weinigen, Dr. Wüller-Sagan und Dr.  
Wiemer. Es fand eine Begründung dahin statt, daß der  
gemeinsame Ausschuß bestehen soll aus 8 Mitgliedern der  
Freiwillichen Volkspartei und je 4 Mitgliedern der  
Freiwillichen Vereinigung und der Deutschen Volks-  
partei. Den Vorsitzenden stellt die Freiwilliche Volks-  
partei, die Stellvertreter die Freiwilliche Vereinigung,  
bzw. die Deutsche Volkspartei. Nur über Fragen der Geschäfts-  
ordnung hat die Mehrheit der erschienenen Mitglieder des  
Ausschusses zu entscheiden. Zu allen sonstigen Beschlüssen des  
Ausschusses ist die Mehrheitsmeinung der sämtlichen vertre-  
teten Parteien erforderlich. Der Ausschuß ist beschlußfähig bei  
Anwesenheit von mindestens 8 Mitgliedern. Die Einberufung  
des Ausschusses erfolgt durch den Vorsitzenden. Sie muß er-  
folgen, wenn eine der drei Parteien einen dahingehenden Antrag  
stellt unter Mitteilung des Gegenstandes der Tagesordnung.  
Tagesordnung und Verhandlungen des Ausschusses sind ver-  
traulich zu behandeln, bis ein Einverständnis darüber erlangt  
worden ist, was davon publiziert werden soll. Die Beschlüs-  
sungen sollen den Organisationsführer der Partei empfehlen, bei  
allen politischen Aktionen vor etwaigen Verhandlungen mit  
anderen liberalen Gruppen und den Organisationen der an den  
Frankfurter Beschlüssen beteiligten Parteigruppen Föhlung zu  
nehmen.

## Das neue Sekundarbahn-Gesetz

ist gestern dem Abgeordnetenhaus vorgelesen. Es fordert ins-  
gesamt 222,289,000 M., darunter 111,204,000 M. zum Bau neuer  
Eisenbahnen, 71,680,000 M. zum Ausbau bestehender Bahnen,  
10,000,000 M. für Beschaffung von Betriebsmitteln für im Bau  
befindliche neue Linien, 5,000,000 M. für Förderung des Baues  
von Kleinbahnen. Nach § 1 sollen gegeben werden: drei neue  
Vandbahnen: 1. Iphofen-Tübingen, 2. 2,705,000 M.; 2. Neuen-  
brunn-Wiesbaden, 10,100,000 M.; 3. Eisenach-Weimar-  
Ballum-Wiesl., 12,600,000 M.; ferner neunzehn neue Neben-  
bahnen: Alsfeld-Alvers- (Niederrhein), Friedland-Wartensleben,  
Schöne-Stolpmünde, Scheidebühl-Gaumnitz, Wolfers-  
Deutschhof, Soborn - Saitzenau, Groß-Sieritzsch - Schönewitz,  
Sommerfeld-Kroten, Niederwöllnitz-Wülfendebensdorf, Wod-  
Dorsburg-Dez., Wella-Tann, Zimmerbach-Gemünden a. d.  
Saale, Wittenberg-Wittenberg, Wittenberg-Weißensee,  
Zau-Weißbach, Wehlitz (Mitteldeutschland), Weidensee-  
Zau-Weißbach, Dampfle-Weißendorf, Wittenburg-Freit. Zur  
Beschaffung von Betriebsmitteln für diese Bahnen werden  
11,198,000 M. verlangt. Ferner sollen für diese Bahnen zweiter,  
dritter, vierter und fünfter Klasse 71,680,000 M. bewilligt werden.  
Für die Herstellung einer Bahnverbindungen zwischen Frankfurt a.  
M., D. und Eisenach werden 8,615,000 M. gefordert,  
ferner 15,000,000 M. Beschaffung der entfallenden Mehrkosten an  
früher begonnene Bahnen.

## Zur medienbaurischen Verfassungsreform.

Die Meinung, daß der Verfassungsantrag dem medien-  
baurischen Landtage schon im September anzubringen werde, ist,  
wie der „Frankf. St.“ auf eine Anfrage in Schwerin mitgeteilt  
wird, glatte Eschwindung.

## Die Hamburger Nieder.

Aus Hamburg wird gemeldet: Zu einem Artikel, den König  
direktor Wollm im Namen des Polizeiverwaltungsrats an den  
Reichstagsabgeordneten Dr. H. d. d. d. als Vermittler zwischen  
beiden Parteien gerichtet hat, erklärt sich der Polizeiverwaltungsrat  
zu weiteren Verhandlungen über der Voranstellung bereit, daß

die gesamten Polizeibeamten (nicht nur die Schauerleute), von einer  
diesjährigen Maßregel absehen.

## Politisches.

— Daß mit dem Oberbürgermeister Abbes aus Frankfurt bei  
seiner neulichen Anwesenheit in Berlin wegen Uebernahme eines  
Ministerpostens verhandelt worden sei, ist von der „Deutschen  
Tageszt.“ behauptet worden. Sie hatte darauf hin-  
gewiesen, daß der Reichskanzler ja gar nicht in Berlin, gewesen,  
und daß Abbes von dem Kaiser auch nicht empfangen worden  
sei. Der „Frankf. St.“ will nun mit, daß Herr v. S. u. a. n. u. s. i. e.  
der Leiter des kaiserlichen Zivilkabinetts die Vermittlung des  
Herrn Abbes nach Berlin betrieb und mit ihm verhandelte, und  
da Herr v. S. u. a. n. u. s. i. e. nicht aus eigenem Antriebe, sondern nur  
auf kaiserlichen Wunsch derartige Verhandlungen geführt haben  
kann, so darf man immerhin Herrn Abbes als einen der Wähler  
betrachten, die „kommen“ werden, wenn nicht bald, so doch in  
absehbarer Zeit. Der Gesundheitsminister des „Frankf. St.“ ist der  
Meinung, daß Herr Abbes Nachfolger der Grafen Bodolowsky  
werde, und daß die große Rede des jetzigen Staatssekretärs des  
Innern im Reichstage über sein sozialpolitisches Programm als  
eine Art Abschiedsrede aufzufassen sei.

## Parlamentarisches.

— Dr. Claus hat die nationalliberale Kandidatur für die  
Ergebnisse im Wahlkreise Göttingen angenommen.  
— In der am Mittwoch, 17. April, stattfindenden Landtags-  
wahl im Kreise Friede er hat zum 1. Dr. Schep, Er-  
ziehungsinspektor in Wublingen, gemeiner Kandidat der  
Freiwillichen und Nationalliberalen.

## Handwerk und Gewerbe.

— Der 6. rheinisch-westfälische Handlungsa-  
schiffenrat beschloß in Lauden, eine Einunde an den Reichs-  
tag zu richten, in der gebeten wird, bei dem Weltweitwettbewerb  
auf Erleichterung von Handelsverträgen in manchen Hinsichten  
zu sein. Ferner wird die Ausbesserung der Brauereiarbeit gefordert.

## Polenfrage.

— Der Verein Straz teilt dem „Dagbl.“ mit, daß in  
einigen Kreisen von den Landräten die Gemeindevorsteher, Ge-  
meindebesorger und Gutsvorsteher, die den Verein Straz an-  
gehören, aufgefordert werden, aus dem Verein auszutreten,  
da die Zugehörigkeit zu ihm mit den Pflichten ihrer Ämter  
unvereinbar sei. Am Weitergang drohen die Landräte mit  
der Antikensetzung.

## See- und Flot.

— Kaiserliche Marine. „Bismarck“ ist am 12. April in  
Tating (am Janatje) eingetroffen und am 15. April von dort  
nach Hongkong abgegangen. „Zitell“ ist am 15. April von Dainj  
nach Tschingtauang in See gegangen.

## Deutscher Reichstag.

(Schluß des Berichtes der Morgen-Ausgabe.)  
Abg. Birken (Abg. fortgehend): Wenn Herr Eiche in seiner  
Partei ein Wort bringt, so mag er Herrn Eiche nennen:  
Herr Eiche ist ein wichtiger, eleganter Mann mit einer guten  
Kleiderliebe. Mit ihm zu sprechen, ist ein Vergnügen; da braucht  
man keine Kaputte oder Schale. Das ist angenehmer, als mit  
einem Walscheber hantieren und mit Wälden voll Schmutz  
abgeben zu müssen. (Lachen bei den Geg.: Seine Majestät!)  
Das sind Wälder, die Herr würde nicht. (Sämtliche Gelächter  
sind.) Der Herr von der Sozialdemokratie läßt sich gar nicht  
betreten. Auch das Beispiel aus Mannheim, das Herr  
Dr. Stresemann anführte, sprach dafür, selbst wenn es mit der  
Wahl des Dr. Franz nicht zu tun hätte, man sollte nicht  
einen Walscheber in den Reichstag schicken. Der Sozial-  
demokrat gegen Unberechenbares vorgehen, einmischen. Selbst  
fälschlichen Sprang, Verhandlungen usw. verdrängen die  
Sozialdemokraten nicht. (Lärm bei den Gegnern.) Wenn man  
das Koalitionsrecht weiter ausbauen, sogar den Koalitionszwang  
einführen will, so muß man auch von Staats wegen die Arbeits-  
willigen schätzen und gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts  
Einrichtungen treffen. (Lärm bei den Gegnern.) Der Sozial-  
demokrat hat nicht heulend einen sozialistischen Mann genannt, ich hoffe, daß  
er es noch erlernen wird, daß alle die Gelehrte, die er angeführt hat,  
verabschiedet werden, ich hoffe aber auch, daß er als Staats-  
sekretär Maßnahmen gegen die Auswüchse der Sozialdemokratie  
ergreifen wird.  
Staatssekretär von Polizeiwesen: Heber den letzten Punkt, den  
der Herr von der Sozialdemokratie, will ich mich einmal klar und offen aus-  
sprechen. Was im einzelnen den Schutz der Arbeitswilligen an-  
langt, so muß jeder ansichtliche Mensch und jeder, der die Frei-  
heit hoch hält, es beurteilen, daß durch Zwangsmaßnahmen  
jemand auf dem Gebiet des Arbeitswilligen veranlaßt wird,  
Verhandlungen zu ergreifen oder zu unterlassen. Wenn man  
aber die Fälle, die hier oder in der Presse wegen eines  
unberechtigten Zwanges der Arbeitswilligen laut werden,  
nüber und nicht mehr immer finden, dann ist alle diese Fälle  
unter die beherrschenden Strafsache fallen. Wenn diese Fälle aber  
nicht verlagert werden, so liegt das nicht daran, daß die Straf-  
sache nicht ausreicht, sondern daran, daß sehr häufig die  
Anleger sich finden und auch, was noch schlimmer ist, kein Zeuge.  
Wenn solche Fälle dann von den Behörden geprüft werden  
— mir genügt es, die Welt zu nennen — dann genügt die An-  
zeige unter den Fingern. (Lärm bei den Gegnern.) Der Sozial-  
demokrat hat nicht heulend einen sozialistischen Mann genannt, ich hoffe, daß  
er es noch erlernen wird, daß alle die Gelehrte, die er angeführt hat,  
verabschiedet werden, ich hoffe aber auch, daß er als Staats-  
sekretär Maßnahmen gegen die Auswüchse der Sozialdemokratie  
ergreifen wird.  
Staatssekretär von Polizeiwesen: Heber den letzten Punkt, den  
der Herr von der Sozialdemokratie, will ich mich einmal klar und offen aus-  
sprechen. Was im einzelnen den Schutz der Arbeitswilligen an-  
langt, so muß jeder ansichtliche Mensch und jeder, der die Frei-  
heit hoch hält, es beurteilen, daß durch Zwangsmaßnahmen  
jemand auf dem Gebiet des Arbeitswilligen veranlaßt wird,  
Verhandlungen zu ergreifen oder zu unterlassen. Wenn man  
aber die Fälle, die hier oder in der Presse wegen eines  
unberechtigten Zwanges der Arbeitswilligen laut werden,  
nüber und nicht mehr immer finden, dann ist alle diese Fälle  
unter die beherrschenden Strafsache fallen. Wenn diese Fälle aber  
nicht verlagert werden, so liegt das nicht daran, daß die Straf-  
sache nicht ausreicht, sondern daran, daß sehr häufig die  
Anleger sich finden und auch, was noch schlimmer ist, kein Zeuge.  
Wenn solche Fälle dann von den Behörden geprüft werden  
— mir genügt es, die Welt zu nennen — dann genügt die An-  
zeige unter den Fingern. (Lärm bei den Gegnern.) Der Sozial-  
demokrat hat nicht heulend einen sozialistischen Mann genannt, ich hoffe, daß  
er es noch erlernen wird, daß alle die Gelehrte, die er angeführt hat,  
verabschiedet werden, ich hoffe aber auch, daß er als Staats-  
sekretär Maßnahmen gegen die Auswüchse der Sozialdemokratie  
ergreifen wird.





